

LINKS-KPÖ Josefstadt und der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellen gemeinsam, gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 20.09.2023, folgenden

Resolutionsantrag **"Solidarität mit Klimaaktivist:innen"**

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht Klimaaktivist:innen ihre Solidarität aus und stellt sich entschieden gegen eine Kriminalisierung gewaltfreier Proteste.

Begründung

Die vom Menschen verursachte Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Umwelt, Mensch und Tier sind real und dramatisch. Die Klimakrise verursacht katastrophale Wetterereignisse und einen konstanten Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur. Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt werden weltweit massiv beeinträchtigt sowie unsere Lebensgrundlagen zunehmend gefährdet. Es bedarf umfassender politischer Anstrengungen auf allen Ebenen, um das zentrale Ziel - die Begrenzung der globalen Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius (=Pariser Klimaabkommen) - zu erreichen und die Auswirkungen der Klimakrise einzudämmen. Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft kämpften seit Jahrzehnten für politische Schritte – bisher bedauerlicherweise mit mäßigem Erfolg. Mit gewaltlosen Protestformen sorgen nun Klimaaktivist:innen für die notwendige mediale und politische Aufmerksamkeit für das Thema, um eine wirksame Klimapolitik einzufordern. Haben sie, die Klimaaktivist:innen die drohende Klimakatastrophe besser verstanden als viele Politiker:innen, die sie eigentlich lösen sollten?

Staat und Gesellschaft dürfen diese Akteur:innen nicht kriminalisieren und durch Bestrafung mundtot machen. Vielmehr sollten sich alle politischen Kräfte geeint zeigen in einem gemeinsamen Kampf zur Eindämmung des menschengemachten Klimawandels und sich mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die dasselbe Ziel verfolgen, solidarisieren.

Für LINKS-KPÖ Josefstadt

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt

BR Herbert Fuxbauer

BRin Pia Nagl